

Bericht aus dem Kreistag Germersheim



4. Januar 2018



Franz Siarsky

Vorsitzender der AfD-Fraktion
im Kreistag Germersheim

In der letzten Sitzung des Kreistages 2017 wurde am 11. Dezember über 12 Tagesordnungspunkte gesprochen und abgestimmt. In einer Kurzfassung stellt die AfD-Fraktion für seine Mitglieder und Interessierte unsere Positionen und Standpunkte vor.

Christoph Buttweiler (CDU) wurde als Nachfolger für Dietmar Seefeld, der neuer Landrat im Kreis SÜW wurde, in sein Amt als Erster Beigeordneter ernannt, vereidigt und eingeführt.

Nachwahl von Mitgliedern in verschiedene Ausschüsse des Landkreises. Die AfD bekam durch die Niederlegung des Mandats von Thomas Lutz (parteilos) und dem gleichzeitigen Nachrücken von Ralf Hünerfauth, wieder Plätze im Jugendhilfeausschuss und Rechtsausschuss. Zusätzlich mussten wir mehrere Ausschüsse neu besetzen, da deren Inhaber aus zeitlichen Gründen, diese nicht mehr wahrnehmen konnten. Erfreulich ist, dass wir jetzt mit Franz Siarsky, Ralf Hünerfauth und Dr. Heiko Wildberg wieder über 3 Kreistagsmandate verfügen.

Hoch her ging es bei den Beratungen über den Entwurf des Haushaltes 2018. Leider birgt dieser vorgestellte Haushalt wieder ein großes Haushalts-

defizit und lässt den Schuldenberg des Landkreises, bis Ende des Jahres voraussichtlich auf 157,7 Millionen ansteigen. Rekordsteuereinnahmen und die höchste Kreisumlage in Rheinland-Pfalz, reichen bei weitem nicht aus, einen ausgeglichenen Haushalt hinzukriegen, bzw. endlich mit der Schuldentilgung zum Wohle unserer Kinder zu beginnen. Wo liegen die Schwerpunkte der Ausgaben? Die größten Brocken mit über 90 % sind die Sozialausgaben, hier unter anderem die Flüchtlingskosten. Diese Ausgaben müssten laut Gesetz vom Land und vom Bund übernommen werden. Die Rot-Grün-Gelbe Regierung leitet aber durchlaufende Posten des Bundes, nicht 1:1 an die Kommunen weiter. Da diese unfähige Regierung klebrige Finger hat und den Landkreisen immer mehr Pflichten auferlegt, werden die Kommunen quasi als „Bad Bank“ missbraucht und bluten immer mehr aus. Die Folgen lassen sich jetzt schon in vielen Bereichen feststellen. Marode Schulen, Straßen, Brücken und öffentliche Bereiche, die immer mehr verkommen. Der Landrat versucht diese katastrophalen Zustände und deren Folgen, mit dem Spruch unserer „Kanzlerin“, schön zu reden. Ein Landkreis in dem



wir gut und gerne leben“. Gleichzeitig muss er zugeben, dass der Kreis finanziell nicht mehr leistungsfähig ist. Es werden wissentlich Gesetze gebrochen. Mit der Zustimmung des Kreistages verstoßen die Befürworter, trotz ihrer gespielten Bedenken, gegen § 93 Abs.6 Überschuldungsverbot, der Rheinland-Pfälzischen Gemeindeordnung sowie § 18 der Gemeinde Haushaltsordnung. Das Land missachtet ein Urteil des Verfassungsgerichtshofes vom 14.02.2012 und gegen sein eigenes Landesfinanzausgleichsgesetz, dass beide eine ausreichende Alimentierung der Kommunen vorschreibt. Die AfD hat den Haushalt natürlich abgelehnt und die Mitglieder des Kreistags aufgefordert ihr Gewissen hinsichtlich der Nachfolgenerationen und der geltenden Gesetze zu überprüfen. Leider ohne Erfolg.

In dem Bericht über die Abfallentsorgung 2017 und dem Entwurf des Wirtschaftsplans 2018, wurde für beide Jahre ebenfalls mit einem Minus gerechnet, bzw. geplant. Dies ist insofern auch von der AfD Fraktion abgesegnet worden, da genügend Guthaben vorhanden ist und der Gesetzgeber hier keine großen Überschüsse sehen möchte. Erfreulich ist, dass die Abfallgebühren stabil bleiben und vorerst keine Erhöhung geplant wird.

Beschluss und Umsetzung des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes. Das Land RP

hat hier für besonders marode Schulen in armen Gemeinden, eine Sonderförderung in Aussicht gestellt. Im Kreis Germersheim haben alle Gemeinden, außer Hagenbach und Wörth, die Chance an Geld zur Sanierung zu kommen. Leider nur ein Tropfen auf dem heißen Stein.

Beitritt des Landkreises zur Technologieregion Südpfalz e. V. Hier will der Landkreis beitreten und jährlich 10.000€ verbraten. Mittlerweile blickt kein Mensch mehr durch, in wie vielen Organisationen der Kreis Mitglied ist und für nicht nachhaltige Objekte Geld bezahlt, ohne einen Nutzen zu erkennen. Die AfD Fraktion lehnte diesen Antrag ab.

Antrag der CDU-, FWG- und Bündnis 90/Die Grünen Fraktion— Resolution zum Stadtbahnbetrieb. Diesem Antrag stimmte die AfD Fraktion zu. Es wird hier beantragt die Taktung des Öffentlichen Nahverkehrs über die Rheinbrücke zu erhöhen, ins besonders im Hinblick auf die Brückenspernung.

Die AfD Fraktion im Kreistag freut sich über Vorschläge, die das Leben im Kreis betreffen und wo wir für Sie Verbesserungen erreichen können. Helfen Sie mit, den Kreis lebenswert zu erhalten und Missstände abzubauen.